

Bericht der **23. Forumssitzung** vom 31.1.2011
18 Uhr im Mediacenter, Rathaus

Abermals konnten wir uns über eine rege Teilnahme freuen, das Media Center war voll besetzt. Mit dabei waren drei Gemeinderäte, Vertreter der Wirtschaftskammer und einige BezirksrätInnen aus unterschiedlichen Bezirken.

Kurzbericht des Beirates für Bürgerbeteiligung (BBB) Ing. Berger:

1. Bgm. Nagl hat seine uns im Sommer 2010 gegebene Zusage eingehalten, es wurden für die Umsetzung von ZfG - Projekte € **580.000.-** für 2011 budgetiert.
2. Weitere ZfG - Projekte der einzelnen Stadträte werden derzeit über unser Ersuchen von Herrn Köhler erhoben.
3. Bericht über die Mitarbeit des Beirats bei den Vorbereitungsarbeiten zu BürgerInnenumfragen: Gründung einer Arbeitsgruppe und einer 30-köpfigen Resonanzgruppe, Organisation und Sprecherin: Karin Steffen. Dort wurden am 6.Dez 2010 „**Kriterien** für faire Befragungen in der Stadt Graz“ ausgearbeitet. Mehrere Gespräche im Präsidial- und Bürgermeisteramt fanden statt, wir waren hier leider nicht erfolgreich, die von uns gewünschten Ergänzungen sind nicht in die RICHTLINIE aufgenommen worden. Es wurden nur 20 Wörter dazu gefügt, welche alle keinen Bezug zu unseren Kriterien haben.
Insgesamt mussten wir leider feststellen, dass die Verantwortlichen der Stadt in diesem Fall kein Interesse hatten, fundierte Ideen der Bürger aufzunehmen.

Berichte der Arbeitsgruppen:

- **Verkehr**, Dr. Ladstädter: Die Arbeitsgruppe Verkehr hat am 17. November 2010 mit dem Leiter der Verkehrsplanung Graz, Herrn Dipl.-Ing. Martin Kroißbrunner, über die Grundzüge des neuen Mobilitätskonzepts 2020 diskutiert, bei dessen Erstellung laut Gemeinderatsbeschluss vom 23.09.2010 auch der Beirat für BürgerInnenbeteiligung eingebunden werden soll. Beim Treffen am 24. Jänner 2011 wurden etwas mehr als 20 Themen für die Arbeitskreissitzung am 10. Februar 2011 behandelt. Ein Teil davon sind Projekte, die beim letzten Arbeitskreis mit Fachbeamten und Politik am 4. November 2009 nicht ausreichend geklärt werden konnten, ein weiterer Teil betrifft bisher zurückgestellte, aber ebenfalls als wichtig eingestufte Projekte.
- **Miteinander**, Margit Schaupp: Derzeit beschäftigen wir uns bei Miteinander mit den Projekten SeniorInnen, unterstützen Kinder in der Lesekompetenz und das Konversationstraining für MigrantInnen, die gerade Deutsch lernen. Wie in der Zeitung zu lesen war, ist „pro Act“ jetzt richtig angelaufen. Jugendliche von 15 bis 19 Jahre liefern Ideen für Projekte. Am 15 Juni beim „Jugendgemeinderat“ wählen dann die Jugendlichen selbst die Projekte aus, für die dann 25.000,- Euro zur Verfügung stehen. Informationen darüber unter www.pro-act.at
- **Grünstadt**, Karin Steffen als Vertreterin von Dr. Krysl: In den Arbeitsgruppen liegt der Schwerpunkt auf der Sortierung der Projekte nach ausgewählten Gesichtspunkten wie „erledigt“, „wird verfolgt“, etc. Damit soll mehr Übersichtlichkeit gegeben werden.
- **Wir sind die Stadt**, Karin Steffen: Gleiches Vorgehen wie in der Grünstadt, nebenbei Überlegungen nach anlassbezogenen Modellen zu mehr BürgerInnenbeteiligung.
- Termine und weitere Informationen unter www.mehrzeitfuergraz.at/

Unser Thema: „Mutbürger statt Wutbürger“

Der Mutbürger geht selbstbewusst und motiviert in die Initiative, weil er eine Chance zur positiven Veränderung sieht.

Der Wutbürger ist durch Ärger verdrossen, frustriert und zieht sich zurück, wenn er weiter keine Chance auf Engagement sieht.

Impulsreferate:

Ass. Prof. Dr. Franz Brunner von der Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für Geographie und Raumforschung:

Das Wort Wutbürger geht auf einen Artikel im Spiegel (41/2010) zurück und wurde in Deutschland zum Wort des Jahres 2010 erklärt. In einem Interview mit Prof. Anton Pelinka in der Furche 2/2011 wurde dieses Thema unter dem Titel „Demokratie in Gefahr“ auch aufgegriffen.

Prof. Brunner stützt sich in seinen Aussagen auf empirische Erhebungen in den Jahren 2008 und 2009 zur längerfristigen Bürgerbeteiligung. Dazu hatte er 2008 über die Adressenliste des Referates für Bürgerbeteiligung Kontakt zu allen in Graz gemeldeten Bürgerinitiativen aufgenommen, wovon sich 15 Bürgerinitiativen für Gespräche zur Verfügung gestellt hatten.

Als Ergebnisse kristallisierten sich folgende 4 wichtige Stufen heraus:

- 1. Verantwortliche übernehmen soziale Aufgaben ohne Gewinnorientierung, mit viel Motivation, es entsteht ein aktives Netzwerk.*
- 2. Aufbau eines organisatorischen Netzwerkes, mit entsprechender Struktur, Infoweitergabe, Entwicklung eines Teams.*
- 3. System der lernenden Organisation, befruchtende Effekte, Ausbau eines Wissenspools, Erfassung einer systemischen Sichtweise, längerfristige Beteiligung mit Konsensbereitschaft.*
- 4. Erwartet wird seitens der Kommune: ein Vorgehen nach dem Modell des Aktivierenden Staates, der aktivierenden Stadt bzw. der kooperativen Demokratie. In diesem Sinne sagte Prof. Brunner, sei eher vom Mut- als vom Wutbürger zu sprechen.*

Dr. Ernst Sittinger, Chefredaktion „Kleine Zeitung“, berichtet aus Sicht einer 26jährigen Erfahrung:

Er spart nicht an Lob für alle aktiven Bürger aus der Runde, findet aber den Ausdruck Mut/Wutbürger nicht sinnvoll, da dadurch Emotionen geweckt werden, die in strategischen Auseinandersetzungen schlecht sind.

Er gibt Bürgerinitiativen wenig Hoffnung, von der Politik ernst genommen zu werden. Da Bürger bei Wahlen ihre „Anwälte“ = Politiker zur Umsetzung ihrer Bedürfnisse gewählt haben, sind diese ihrem Auftrag gemäß verpflichtet, auch für die Bürger zu handeln.

Erfolgreiche Bürgerinitiativen könnten Machtverlust, im Konfliktfall auch den Mandatsverlust bedeuten, deswegen ist die Hauptsorge der Politiker, dass die Bürger „Wellen schlagen“ könnten.

Um die Stimmung der Bevölkerung wahrzunehmen, würde für die Politiker auch der direkte Kontakt in Bim und auf der Straße ausreichen.

Die Aufgabe der Presse ist der Transport interessanter Dinge und der Versuch, die Interessen des Allgemeinwohls hervorzuheben und zu unterstützen. (Hannah Arendt: Politik ist Liebe zum Menschen).

Sein Appell an die Bürgerinitiativen: Es ist zu überprüfen, ob die BI aus reinem Eigeninteresse handeln, oder sich für das Gemeinwohl einsetzen. Damit wären die Überlebenschancen der BI größer und es könnte mehr gelingen.

Um die Aufmerksamkeit der Presse zu erreichen sind spektakuläre Aktionen gefragt, mit Erfolg vor allem in den Vorwahlzeiten.

Diskussion: Wortmeldungen und Anregungen:

- Wut- und Mut als Schlagwort, MZfG fühlt sich als Anwalt für die Umsetzung der Projekte aus „Zeit für Graz“
- Onlineforum der Kleinen Zeitung : Tiefes Niveau, Forum für blanke Wut – sinnvoll??
- BI kämpfen für meist für den Erhalt ihrer Lebensqualität
- Besser Wut als Resignation !
- Problem der Politiker: Parteiapparat, Klubzwang
- Projekte im Verwaltungsverfahren sind korsetthaft
- Ideensammlung mit betroffenen Bürgern vor Beginn von Verfahren starten
- Beispiel für Aktivität: Bemühen um WC in den Parks und auf 11 Spielplätzen des Bezirkes Gries, bisher kein Gehör
- Wut ist manchmal notwendig, setzt auch Energien frei
- Begriffsdefinition nötig: Was ist das öffentliche Interesse?
- Offenlegung der Standpunkte von Politikern vor der Wahl, auch in der Kommunalpolitik: Wer steht wofür?
- Politiker sollen sich einer offenen Diskussion stellen, z. B. bei strittigen Bauverhandlungen (Bsp. Rosenberggürtel)
- Die Stadt erstellt Verordnungen (Richtlinien) für den eigenen Wirkungsbereich: Sollen eingehalten werden
- Vorbehaltsflächen: Finanzierungsplan für den Ankauf
- Demokratie-Liberalismus hat seine ökonomischen Grenzen
- Politik muss Interessensausgleich schaffen (Grünfläche versus Fußballfeld)
- Notwendig: Ehrlichkeit in der Kommunikation: Offene Darstellung gegenüber der Bürger bei unverständlichen Entscheidungen
- BI sollen ihre Aktionen interessanter gestalten, „Revolution“
- Mängelliste aufstellen, vor der Wahl publizieren...
- Zitat aus einem Zeitungsartikel (Schweiz): Neigung der Österreicher zur Untertanenmentalität; zu geringes Interesse an Mitarbeit, es fehlt das Lästigsein
- Presse zeigt (zu) wenig Interesse an der Arbeit der BI (Bsp.: „Runder Tisch“ der SOKO Altstadt mit Politik und Verwaltung.)
- Die Verwaltung In der Diskussion in Zukunft nicht aussparen
- Hinweis auf das Buch „ Raus aus der Sackgasse“: Bietet einen Überblick über 38 derzeit in Wien aktive Bürgerinitiativen; Zusammenschluss zur „Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung“. Meist gemeinsamer Nenner: Bemühen um den Erhalt der urbanen Lebensqualität.
- **Abschlussstatement:**
Brunner: Bürger müssen fachlich, wissensbasierte Kompetenz erwerben
Sittinger: Wichtig, gegenseitige Wertschätzung zwischen Bürger und Politik

Selbstverständlich erhebt dieser Bericht über die Impulsreferate und die Diskussion keinen Anspruch auf Vollständigkeit! Wir haben uns aber bemüht, die markantesten Punkte festzuhalten.

Termine:

Nächste Forumssitzung am Dienstag, **22. März 18 Uhr im Media Center**